

**Antworten auf die Wahlprüfsteine für die  
Centralvereinigung Deutscher  
Wirtschaftsverbände für Handelsvermittlung  
und Vertrieb e.V. (CDH) anlässlich der  
Europawahl 2024**



---

**1. Plant Ihre Partei, den Bürokratieabbau voranzutreiben und speziell kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zu entlasten und wenn ja, wie?**

KMU werden durch neue bürokratische Anforderungen in besonderem Maße belastet. Wir setzen uns für eine konsequente Prüfung der Auswirkungen neuer Gesetze auf KMU sowie für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen ein. Auch für existierende Gesetzgebung fordern wir eine regelmäßige Überprüfung, um Bürokratie abzubauen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, zu streichen. Auch beim Zugang zu EU-Investitionsprogrammen streben wir an, Antragsverfahren zu beschleunigen und Berichtspflichten zu reduzieren. Ein zentrales Mittel für den Bürokratieabbau ist die Digitalisierung der Verwaltung. Dadurch können viele Behördengänge entfallen, der Datenaustausch automatisiert und Anträge leichter gestellt werden. Verfahrensstände sollen online einsehbar werden. Durch eine stärkere Vernetzung von europäischen und nationalen Behörden soll zudem das Once-Only-Prinzip eingeführt werden, damit relevante Daten künftig nur noch einmal bei Unternehmen abgefragt werden.

**2. Wie ist die Position Ihrer Partei zu den bestehenden Instrumenten und Initiativen zur besseren Rechtssetzung (z.B. Smart Regulation, REFIT; „Think Small First“; „One-in-one-out“)?**

Wir werden die KMU-Tests verbessern und konsequent anwenden, mit denen die Auswirkungen von neuen Gesetzen auf KMU entsprechend dem „Think small first“-Prinzip immer vorab überprüft werden, und entsprechend entlastende Anpassungen vornehmen. Wir setzen uns zusätzlich für angemessene Ausnahmen und Übergangsfristen für KMU in neuen Gesetzen ein und unterstützen bei der Umstellung. Wir setzen uns für eine regelmäßige Überprüfung aller Regulierungen ein, um bürokratische Anforderungen zu vereinfachen und Vorschriften, die ihr Ziel verfehlen, wieder zu streichen. Wir bevorzugen, wenn möglich und gleich effektiv, eine gestufte und flexible Regulierung für Unternehmen anstatt einer harten Regulierung. Beispielsweise wollen wir die Meldepflicht bei touristischen Übernachtungen und die A1-Bescheinigungen durch einen praktikableren Ansatz mit pragmatischen Lösungen für kleine Betriebe ersetzen.

**3. Welche Bedeutung misst Ihre Partei in Ihrer künftigen Europapolitik dem geltenden Subsidiaritätsprinzip des EU-Vertrages bei und werden Sie dieses zugunsten von Wachstum und Unternehmertum konsequent im Rahmen Ihrer politischen Arbeit berücksichtigen?**

Das Subsidiaritätsprinzip ist die Grundlage für ein Europa, das schützt und ermöglicht. Dieses Prinzip wollen wir stärken und die Handlungsfähigkeit vor Ort durch ausreichende Ressourcen sichern. Kommunen, Regionen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft brauchen mehr Mitspracherecht bei der Gestaltung europäischer Politik. Deshalb wollen wir den Europäischen Ausschuss der Regionen und den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss stärken. Gleichzeitig wollen wir auch den EU-Binnenmarkt, der es Unternehmen ermöglicht, Waren und Dienstleistungen überall in der EU anzubieten, zu stärken und vertiefen. Der Binnenmarkt ist daher zentral für den Wohlstand der Bevölkerung der EU und hilft, Wettbewerbsverzerrungen entgegenzuwirken. Denn wenn es in der EU eine gemeinsame Regel gibt, müssen Unternehmen nicht mehr 27 verschiedene befolgen.

**4. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, um eine leistungsfähige, grenzüberschreitende Verkehrsinfrastruktur in Europa noch weitergehend sicherzustellen und den grenzüberschreitenden Warenverkehr zu erleichtern?**

Ob durch günstigen Strom aus der Nordsee, grünen Wasserstoff aus Spanien oder leistungsfähige Transportwege - Europas Wirtschaft profitiert enorm von starker grenzüberschreitender Infrastruktur. Konkret schlagen wir eine Infrastrukturunion vor, damit Europa durch starke gemeinsame Infrastrukturen weiter zusammenwächst - mit einem voll ausgebauten, integrierten und an die sich verschärfende Klimakrise angepassten europäischen Schienen-, Strom- und Wasserstoffnetz. Speziell die Wiederherstellung von Lückenschlüssen zwischen den Ländern für den europäischen Güterverkehr hat für uns Priorität. Wir wollen weitere Anreize für die Verlagerung von Gütern auf die Schiene und die Binnenschifffahrt schaffen. Dafür benötigen wir ein europaweit einheitliches Güterzugnetz mit Schnellverladeterminals für Kombinierte Verkehre, an denen Ladungen von Lkw auf Züge umgeladen werden können. So machen wir den umweltfreundlichen Transport von Gütern wettbewerbsfähiger, verlässlicher und günstiger.

**5. Wie wird sich Ihre Partei für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit innerhalb und außerhalb der EU einsetzen und sicherstellen, dass in der EU-ansässige Unternehmen im internationalen Wirtschaftsverkehr nicht benachteiligt werden?**

Zum einen stärken wir den Binnenmarkt. Dieser gemeinsame Rahmen, in dem kein Mitgliedstaat seinen eigenen Firmen unfaire Vorteile verschaffen darf und dessen Regeln in vielen Bereichen den Goldstandard auf der Welt setzen, leistet gerade für Deutschland als Exportland einen unschätzbaren Beitrag zu unserem Wohlstand. Zum anderen werden wir alles daran setzen, dass Europa nicht an der Seitenlinie steht, während China oder die USA massiv in die Entwicklung ihres Standortes und der Zukunftstechnologien investieren. Wir nehmen diesen Wettbewerb an: Für die EU gilt es, eine eigene aktive Wirtschafts- und Industriepolitik zu verfolgen, die auf Europas Stärken aufbauend Zukunftsindustrien zurückholt, entwickelt und skaliert. Sie reicht von der Forschung über die Ausbildung von Fachkräften bis zur Unterstützung bei Investitionen. Dazu gehört einerseits eine Angebotspolitik, die Bürokratie abbaut und Anreize für Investitionen setzt, andererseits starke Förderprogramme für Zukunftstechnologien und ein neuer, flexiblerer EU-Beihilferahmen.

**6. Wie ist die Position Ihrer Partei zu den bestehenden und künftigen Klimaschutzziele und wie werden Sie sicherstellen, dass diese erreicht werden können, ohne der Entwicklung der europäischen Wirtschaft zu schaden?**

Für uns ist die klimaneutrale Modernisierung der Wirtschaft und Infrastruktur kein Selbstzweck, sondern auch der Schlüssel zu Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand. Immer mehr Unternehmen investieren massiv in eine Umstellung ihrer Produktion. Dafür muss die Politik den Rahmen schaffen: einen klaren Reduktionspfad im europäischen Emissionshandel. Wir füllen ihn durch einen massiven Ausbau der erneuerbaren Energien und der Infrastruktur für Strom und grünen Wasserstoff mit Leben, damit genug grüne Energie zu wettbewerbsfähigen Preisen überall in Europa zur Verfügung steht. So kann die EU den Weg zum klimaneutralen Kontinent entschieden vorangehen und das 1,5-Grad-Ziel verfolgen. Wir streben an, dass es ein rechtlich verbindliches Klimaziel für das Jahr 2035 gibt und so Planungssicherheit für Unternehmen geschaffen wird.